

Die Machenschaften der Pharmaindustrie

Zu „Korruption kostet Versicherte Milliarden“ vom 17. Mai:

Herzlichen Dank Transparency International und Ihnen für diesen wichtigen Artikel.

Als Diabetiker-Initiative A21 versuchen wir seit Jahren, die Aufmerksamkeit der Behörden auf die Machenschaften der Pharmaindustrie zu lenken. Alles was in Ihrem Artikel steht, entspricht der Wahrheit. Bei der Einführung des so genannten Humaninsulins wurden bereits 1983 negative Studienergebnisse „uminterpretiert“, werden bis heute Behörden beeinflusst, die Risiken der gentechnologisch hergestellten Insuline werden nach wie vor verschwiegen – insbesondere durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM). Es sind in der gemeinsamen Datenbank von BfArM und AkdÄ (Arzneimittelkommission der Ärzte) in Deutschland mehr als 70 Todesfälle durch Humaninsulin registriert, aber niemals erging von hier eine diesbezügliche Warnung (Rote-Hand-Brief) an die behandelnden Ärzte.

Es ist bekannt, dass nur ca. fünf bis zehn Prozent der UAW (unerwünschten Arzneimittelwirkungen) gemeldet werden. Das bedeutet eine zu befürchtende Todesrate durch das Humaninsulin von 700 bis 1400 Toten bis heute. Der Deutsche Diabetiker Bund (DDB) als so genannte Patientenvertretung und die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG) als Interessenvertretung der Diabetologen vertreten – wie wir selbst leidvoll erfahren mussten – keinesfalls die Interessen der Patienten. Man hat sich gut eingerichtet in diesem Rechtsstaat und bedient sich schamlos aus dem Gemeinwesen (die bekannte Bananenrepublik ist tatsächlich nichts dagegen!).

Der Gesetzgeber sieht Strafen für solchen Missbrauch teilweise nicht einmal vor, auch wird nicht ernsthaft in Erwägung gezogen, die vorhandenen eklatanten Gesetzeslücken schnellstens zu schließen. Da erscheint es doch viel einfacher, einem Hartz-IV-Empfänger hinterherzuzschnüffeln und anschließend dessen Freundin zur finanziellen Versorgung heranzuziehen. Da hier aber leider nicht mehr viel zu holen ist, wird ab 2007 einfach die Mehrwertsteuer um drei Prozent angehoben. Ob man dadurch auch acht bis 24 Milliarden Euro wird einnehmen können, bleibt abzuwarten.

Ursula Richts, Stuttgart

Quelle:

Stuttgarter Nachrichten 27.05.2006

Basisartikel Stuttgarter Nachrichten vom 16.05.2006

<http://www.stuttgarter-nachrichten.de/stn/page/detail.php/1160265>